

D-1 Aufnahme von Koalitionsgesprächen zwischen DIE LINKE Berlin, Bündnis 90/Die Grünen Berlin und SPD Berlin

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.10.2026

Tagesordnungspunkt: 2. Wahlauswertung und mögliche Koalitionsgespräche

Antragstext

- 1 In den vergangenen Wochen hat unser Sondierungsteam, bestehend aus Werner Graf,
2 Bettina Jarasch, Nina Stahr und Philmon Ghirmai, Gespräche mit den Parteien DIE
3 LINKE Berlin und SPD Berlin zur Regierungsbildung im Land Berlin geführt. Nach
4 diesen Gesprächen empfehlen das Sondierungsteam und der Landesvorstand, auf
5 Grundlage des Sondierungspapiers "Mehr gemeinsam, mehr Berlin" und der beiden
6 Vorsondierungspapiere "Berliner Vereinbarung zum Start der Sondierungen" und
7 "Berliner Vereinbarung zur Organisierten Kriminalität" in
8 Koalitionsverhandlungen mit den Parteien DIE LINKE Berlin und SPD Berlin
9 einzutreten.
- 10 Wir sind überzeugt, dass eine solche progressive Koalition die großen
11 Zukunftsherausforderungen, vor denen wir in unserer Stadt stehen, am besten
12 angehen kann: Für echten Klimaschutz, für Mieter*innenschutz, für eine echte
13 Verkehrswende und für eine wehrhafte Demokratie.
- 14 Der Landesausschuss nimmt das gemeinsame Sondierungspapier sowie die beiden
15 Vorsondierungspapiere von DIE LINKE Berlin, Bündnis 90/ Die Grünen Berlin und
16 SPD Berlin als Grundlage der Zusammenarbeit in der ganzen Stadt und den Bezirken
17 zustimmend zur Kenntnis und spricht sich für die Aufnahme von
18 Koalitionsverhandlungen zwischen den drei Parteien aus.
- 19 Der Landesausschuss beschließt die Einsetzung einer bündnisgrünen
20 Hauptverhandlungsgruppe, der neben unseren Sondierer*innen Werner Graf, Bettina
21 Jarasch, Nina Stahr und Philmon Ghirmai auch Silke Gebel, Klara Schedlich, Jörn
22 Oltmann und Filiz Keküllüoğlu angehören. Der erweiterten Hauptverhandlungsgruppe
23 gehören die Leitungen der Facharbeitsgruppen an: Andreas Audretsch, André
24 Schulze, Bahar Haganipour, Benedikt Lux, Clara Herrmann, Claudia, Leistner,
25 Daniel Wesener, Johanna Martens, Katrin Schmidberger, Oda Hassepas, Sergey
26 Lagodinsky, Susanne von Below, Tonka Wojahn, Vincent Scheller-Hein.

Begründung der Dringlichkeit

Das Sondierungspapier wurde am 17.10.2026 geeint, so dass der LaVo erst an diesem Tag eine Empfehlung zum Beschluss von Aufnahme von Koalitionsverhandlungen vorlegen konnte.

D-2 Aus der Wahl lernen - gut aufgestellt in die nächsten fünf Jahre

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.10.2026

Tagesordnungspunkt: 2. Wahlauswertung und mögliche Koalitionsgespräche

Antragstext

1 14,3 Prozent sind das schlechteste Ergebnis für uns Bündnisgrüne in Berlin seit
2 20 Jahren. Wir haben es nicht geschafft, mit unseren Themen durchzudringen und
3 eine grüne Vision für Berlin zu vermitteln. Vor allem für jüngere Menschen
4 konnten wir kein überzeugendes Angebot machen. Aber auch in anderen
5 Bevölkerungsgruppen haben wir nicht das Ergebnis erzielen können, das wir uns
6 vorgenommen haben.

7 Diese Wahl werden wir mit der nötigen Ernsthaftigkeit auswerten - sowohl unter
8 Einbeziehung externer Expertise als auch innerhalb der Partei. Um optimal auf
9 2031 vorbereitet zu sein, braucht es strukturelle Veränderungen innerhalb
10 unserer Partei. Diese wollen wir im nächsten Jahr voranbringen. Ziel ist dabei,
11 die vielfältigen Positionen und Gruppen in unserer Partei in Zukunft besser in
12 die Entscheidungsfindungen einzubeziehen und gleichzeitig eine schlagkräftige
13 Partei zu sein, die in Regierungsverantwortung weiterhin eine starke Stimme ist.

14 Um die Basis bereits bei der Entscheidungsfindung auf dem Weg zur
15 Koalitionsbildung einzubeziehen, werden wir vor der Abstimmung über den
16 Koalitionsvertrag auf der LDK alle Mitglieder befragen – sowohl zum
17 Koalitionsvertrag als auch zum Personal für den Senat. Auch den Weg zur Findung
18 des Senatspersonals wollen wir transparent gestalten.

19 In der aktuellen Situation, aber auch mit Blick auf die Aufstellung der Partei
20 in Zukunft, stehen wichtige Entscheidungen an. Um diese transparent und auf
21 einer guten Basis fällen zu können, setzen wir eine flügel- und
22 geschlechterparitätisch besetzte Kommission bestehend aus Andreas Audretsch,
23 Margit Gottstein, Renate Künast und Maren Schellenberg ein, die den
24 Landesvorstand berät.

25 In einem ersten Schritt soll die Kommission Kriterien für Personal erarbeiten,
26 die der Partei gegenüber (über Bezirksvorstände, LAG-Sprecher*innen,
27 Landesparteirat) transparent gemacht werden. Auf dieser Grundlage werden im
28 zweiten Schritt Personal-Vorschläge erarbeitet. Der Landesvorstand wird dann der
29 Partei einen Vorschlag für das Senatspersonal unterbreiten, über den die Partei
30 in einer digitalen Mitgliederbefragung und anschließend auf einer LDK abstimmt.

31 Die Kommission soll darüber hinaus auch Vorschläge erarbeiten, wie eine
32 dauerhafte Nachwuchsförderung in der Partei und damit die notwendige Erneuerung
33 verankert werden kann. Auch für künftige Nominierungsprozesse kann sie
34 Vorschläge erarbeiten und den Landesvorstand bei den notwendigen
35 Strukturreformen beraten.

36 Darüber hinaus soll die Kommission den Landesvorstand bei der Beauftragung der
37 externen Analyse beraten, die auch die mittelfristige Entwicklung seit der Wahl
38 2021 inkl. der Wiederholungswahl 2023 und der Bundestagswahl 2025 in den Blick

- 39 nimmt. Sie soll Vorschläge erarbeiten, wie die Gliederungen der Partei
40 einbezogen werden können.

Begründung der Dringlichkeit

Mit dem Sondierungspapier, das am 17.10. geeint wurde, empfiehlt der Landesvorstand die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen, auf die sich der vorliegende Antrag bezieht. Entsprechend konnte der Antrag erst mit dem Vorliegen des Sondierungspapiers gestellt werden.

D-3 Nach der Berlin-Wahl 2026 – Partei stark aufstellen für die kommende Legislatur

Gremium: Kreismitgliederversammlung Kreisverband Steglitz-Zehlendorf
Beschlussdatum: 13.10.2026
Tagesordnungspunkt: 3. Verschiedenes

Antragstext

- 1 Wir haben als Partei bei der Abgeordnetenhaus-Wahl von Berlin mit 14,3 Prozent
- 2 das seit 2011 schlechteste Ergebnis erzielt. Zur letzten Wahl 2023 haben wir
- 3 über vier Prozentpunkte verloren. Das kann uns als Partei nicht zufrieden
- 4 stellen.
- 5 Die Partei muss sich daher nun neu aufstellen, um mit einer starken Mannschaft
- 6 und einer überzeugenden Ausrichtung in die anstehende Legislaturperiode zu
- 7 gehen. Wir müssen daher die Zeit jetzt nutzen, um in einem geordneten Prozess zu
- 8 entscheiden, wie wir uns für die kommenden Jahre aufstellen wollen. Einen
- 9 Automatismus, insbesondere bei der Bestimmung des Spitzenpersonals für die
- 10 Regierung, darf es dabei nicht geben.
- 11 Wir setzen uns daher für folgende Punkte ein:
- 12 Sondierungen unter klarer Führung
- 13 Als Partei brauchen wir für die anstehenden Sondierungen und
- 14 Koalitionsverhandlungen eine klare Führung. Die Verhandlungen sollten daher
- 15 weiterhin vom aktuellen Team, angeführt von Partei- und Fraktionsvorsitz,
- 16 geführt werden.
- 17 Findungskommission
- 18 Das am besten geeignete Spitzenpersonal für eine mögliche Regierung soll
- 19 stattdessen von einer unabhängig besetzten Findungskommission gesucht werden,
- 20 die bis zum Abschluss der Koalitionsverhandlungen einen Vorschlag erarbeitet.
- 21 Das betrifft neben den Senatsposten auch die 2. Reihe der Staatssekretäre.
- 22 Die Findungskommission soll die verschiedenen Bezirke und Strömungen der Partei
- 23 angemessen abdecken und mit erfahrenen Persönlichkeiten besetzt sein, die selbst
- 24 keine Ambitionen auf Spitzenämter haben.
- 25 Urabstimmung der Mitglieder und Beteiligung an der Neuausrichtung
- 26 Sowohl über den Koalitionsvertrag als auch das vorgeschlagene Spitzenpersonal
- 27 sollen alle Mitglieder in einer Urabstimmung entscheiden können. So stellen wir
- 28 sicher, dass die Ergebnisse der Verhandlungen von der Breite der Partei getragen
- 29 werden. Um die Mitglieder an der von uns gewünschten Neuausrichtung aktiv zu
- 30 beteiligen, soll der Landesvorstand zusammen mit den Kreisvorständen
- 31 Werkstattgespräche für die Mitglieder ausrichten, um die letzten Kampagnen
- 32 auszuwerten und inhaltliche Impulse für den Aufbruch 2031 entwickeln zu können.
- 33 Reformprozess für starke Strukturen und bessere Repräsentation
- 34 Es ist wichtig, dass in unserer Partei sichergestellt wird, dass alle Bezirke in
- 35 den Entscheidungsprozessen auf Landesebene angemessen eingebunden und
- 36 repräsentiert sind. Das betrifft insbesondere auch die Listenaufstellung. Dafür

- 37 sollte nach Abschluss der Koalitionsverhandlungen ein Strukturprozess aufgesetzt
38 werden, der sicherstellt, dass die regionale Repräsentation in der Partei
39 dauerhaft verbessert wird, darunter auch die Einführung von Bezirkslisten.

Begründung der Dringlichkeit

Mit dem Sondierungspapier, das am 17.10. geeint wurde, empfiehlt der Landesvorstand die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen, auf die sich der vorliegende Antrag bezieht. Entsprechend konnte der Antrag erst mit dem Vorliegen des Sondierungspapiers gestellt werden.